

Eine Option für die Armen

**Rat der Evangelischen Kirche und Bischofskonferenz stellen gemeinsame Erklärung zu Armut und Demokratie vor
Die Kirche kritisiert in einem neuen Papier die Spannung zwischen politischer Gleichheit und sozialer Ungleichheit.
Sie verteidigt auch Demokratie und Rechtsstaat. Von Helge Meves**

Beide Großkirchen haben sich mit der Demokratie zumindest sehr lange schwer getan. Erst seit Mitte der 1980er Jahre ergriffen sie offiziell ihr Wort für sie. 2006 folgte die erste gemeinsame Erklärung mit dem sogenannten Gemeinsamen Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz. Es hieß »Demokratie braucht Tugenden«. Die damalige Erklärung warnte davor, »vom Vater Staat eine Rundumversorgung zu fordern«. Den Verlierern der Agenda 2010 wurde empfohlen, sich selbst an die Nase zu fassen: »Jede Bürgerin, jeder Bürger ist mitverantwortlich für das Wohl des Ganzen.« Dass das Ganze mehr ist, als die Summe seiner Teile, hätten die Autoren jedoch bei Aristoteles lernen können.

Das am Mittwoch vorgestellte 51-seitige Dokument einer Ökumenischen Arbeitsgruppe trägt dagegen nun eine andere Handschrift. Das Papier fordert einen funktionierenden Sozialstaat, der Armut bekämpft und soziale Teilhabe garantiert. Dieser wird nicht nur als ein Bestandteil sozialer Marktwirtschaft verstanden, sondern zugleich als eine Voraussetzung der Demokratie. Gefährdet sei diese durch die große wirtschaftliche und soziale Ungleichheit. Dagegen fordert man, dass es keine »Abgehängten«, »Zurückgelassenen« und »Vergessenen« geben dürfe. Die vorrangige Option für die Armen sei für die Kirche nicht nur eine theologische Aussage und ein christliches Bekenntnis, sondern auch ein sozialetisches Prinzip. Und auch wenn sie über kein eigenes politisches Programm verfügen, so wäre die Verkündung des Evangeliums durch die Kirchen deshalb doch politisch, heißt es. Sie verstünden sich als Teil der Zivilgesellschaft und wollen sich gemeinsam mit Menschen keinen oder anderen Glaubens einbringen.

Diese klare Positionsbestimmung ist eingebettet in eine Gegenwartsanalyse. Deren Perspektive ist geprägt von einem Vertrauen in die Demokratie. Formuliert werden Anforderungen an demokratisches Handeln in einem Zeitalter der Globalisierung, Migration und Digitalisierung. Bezüglich Globalisierung und Digitalisierung mahnt man vor wohlfeiler Bürokratieschelte: Nicht ein Zuviel an Regelungen, sondern ein Mangel an entsprechenden Vertragswerken sei der Grund für die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Vielfalt brauche Ordnung. Das sei nicht nur beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels sichtbar. Auch die internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, große Finanzmarktakteure und Technologiekonzerne mit ihrer enormen Markt- und Meinungsmacht müssten beaufsichtigt und, wo nötig, reguliert werden.

Kontroversen über die konkrete Gestalt der Demokratie sind derweil unvermeidlich. Sie können reicher machen, was auch in dem Gemeinsamen Wort erkannt wird. Debatten über Formen direkter Demokratie etwa sind in der Erklärung legitim. Geradezu vorbildlich wird das Gespräch mit allen gesucht, werden Verunsicherungen und Ängste vieler Menschen thematisiert und im gleichen Atemzug deren Verstärkung und Instrumentalisierung durch Rechte kritisiert. In den letzten beiden Jahren waren bereits etliche Bücher und innerkirchliche Arbeitshilfen für den Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen erschienen. Für den kommenden Kirchentag vom 19. bis 23. Juni in Dortmund ist die AfD ausgeschlossen worden.

Das neue Gemeinsame Wort positioniert sich: Wo Rechte von Minderheiten beschnitten, Wahlsysteme zum Zwecke der Stabilisierung der Macht verändert, die Unabhängigkeit der Justiz bedroht, Medien unter Aufsicht gestellt, andere Menschen religiös oder rassistisch diskriminiert, der politische Gegner zum Feind erklärt wird, wollen sich die Kirchen nun entschieden dagegen stellen. Dies sei auch notwendig: Die eigentlichen Volksrepräsentanten würden laut dem Papier oftmals ein Verständnis von Demokratie zeigen, das die Gefahr ihrer Abschaffung bereits in sich trägt.

Betont wird auch, dass wir als Europäer kein Geburtsrecht auf ein besseres Leben hätten als die Milliarden anderen auf der Welt. Wer Flüchtlinge ablehne, weil sie aus muslimischen Ländern kommen – und das damit begründe, dass er vermeintlich das christliche Abendland retten wolle –, der verrate das Gebot der Nächstenliebe. Er lege die Axt an die Wurzeln der christlichen Kultur.